

Fördergelder aus dem Ausland – der Druck wächst

Zur Situation von Nichtregierungsorganisationen in Indien

Lisa Grund

Nichtregierungsorganisation in Indien müssen unter dem *Foreign Contribution Regulation Act* registriert sein, um Fördergelder aus dem Ausland zu erhalten. Darüber wacht das Innenministerium. Gerade bei der Arbeit mit marginalisierten Gruppen brauchen die Organisationen das Geld aus dem Ausland. Doch das Gesetz ist vage und lässt der Regierung Spielraum, um die Arbeit regierungskritischer Organisationen zu erschweren oder gar zu verhindern.

Zuletzt traf es die Nichtregierungsorganisation (NRO) *Lawyers Collective*. Ihre Registrierung unter dem *Foreign Contribution Regulation Act* (FCRA) wurde für sechs Monate aufgehoben. Der FCRA ist ein Gesetz, das die Finanzierung aus dem Ausland regelt. In Indien müssen NRO unter diesem Gesetz registriert sein, wollen sie Fördergelder aus dem Ausland beziehen. Zuständig für die Umsetzung des Gesetzes ist das Innenministerium.

Lawyers Collective ist eine renommierte und auch international bekannte NRO, die sich für Menschenrechte einsetzt. Der Vorwurf lautet: Unstimmigkeiten bei den Auslandsgeldern. Die Organisation weist dies zurück, verbunden mit dem Hinweis, dass man auf die Vorwürfe klärend reagiert habe.

Der FCRA erlaubt die Aussetzung der Registrierung, um eine Überprüfung der Organisation vorzunehmen. Während dieser Zeit werden die Konten für die Auslandsgelder gesperrt. Das Einfrieren der Gelder kann NRO schnell an ihre finanziellen Grenzen bringen. Hinzu kommt ein meist intransparentes und damit zermürendes Verfahren.

Der FCRA ist vage – das schafft Spielraum

Der FCRA in seiner jetzigen Form wurde 2010 unter der Kongress-Re-

gierung erlassen und ersetzte ein älteres, ähnlich restriktives Gesetz von 1976. Der FCRA wird seit langem von NRO und Vertretern der Zivilgesellschaft kritisiert, denn die Regierung kann das Gesetz willkürlich einsetzen, um die Rechte der Organisationen zu beschneiden und ihre Arbeit lahmzulegen.

Möglich ist dieser Missbrauch durch allgemeine und ungenaue Formulierungen im Gesetzestext. So heißt es zum Beispiel in der Präambel, dass Organisationen nicht den „nationalen Interessen“ schaden dürfen. NRO wird außerdem untersagt, gegen die „wirtschaftlichen Interessen“ des Staates oder gegen das „öffentliche Interesse“ zu verstoßen. Doch wer bestimmt die nationalen Interessen? Welche öffentlichen Interessen gibt es? Aufgrund dieser vagen Begriffe kann die Regierung das Gesetz dazu nutzen, um die Aktivitäten auslandsfinanzierter NRO zu kontrollieren oder ihnen die Registrierung kurzerhand zu entziehen.

Auch auf internationaler Ebene gibt es Kritik am FCRA. Bereits 2012 äußerte Margaret Sekaggya, die UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechtsverteidiger ihre Sorge über das Gesetz. Zu dieser Zeit regierte noch die Kongress-Regierung unter Manmohan Singh. Der FCRA könne seitens staatlicher Stellen gegen regierungskritische NRO einge-

setzt werden, so Sekaggya. Diese Kritik wiederholten zuletzt im Juni 2016 die aktuellen UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechtsverteidiger, Michel Forst, für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Maina Kiai, sowie für Meinungsfreiheit, David Kaye. Sie forderten den FCRA aufzuheben, da das Gesetz zunehmend dazu genutzt werde, den Zugang zur Finanzierung aus dem Ausland für die Zivilgesellschaft zu verhindern. Der FCRA erfülle nicht die international geltenden Rechtsnormen und -standards.¹

People's Watch im Visier der Kongress-Regierung

Schon die Kongress-Regierung nutzte den FCRA gegen ihr unliebsame NRO. Das musste auch Henri Tiphagne erleben. Der Anwalt und Menschenrechtsaktivist hat 1995 die NRO *People's Watch* gegründet, die zu den bedeutendsten im Bereich Menschenrechte in Indien gehört. Tiphagne bekam in diesem Jahr den Menschenrechtspreis der deutschen Sektion von *Amnesty International* verliehen (siehe Südasiens-Heft Nr. 2). In den Jahren 2012 bis 2014 wurde die Arbeit von *People's Watch* durch die Regierung drastisch eingeschränkt und kam fast zum Erliegen.

Wiederholt wurden der Organisation die Bankkonten für Fördergelder aus

dem Ausland eingefroren. Der Vorwurf lautete unter anderem Zweckentfremdung von Geldern. Für fast zwei Jahre konnte *People's Watch* keine Fördergelder beziehen, und als Folge mussten über 100 Mitarbeiter entlassen und Programme eingestellt werden. Gerade eine Organisation wie *People's Watch* ist auf Gelder aus dem Ausland angewiesen, weil sich in Indien die Arbeit mit marginalisierten Gruppen kaum ausschließlich durch inländische Spenden finanzieren lässt.

Während ihrer letzten Überprüfung legte *People's Watch* Rechtsmittel ein und bekam im Juli 2014 Recht. Die Organisation kann wieder Fördergelder aus dem Ausland beziehen. Die gerichtliche Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Sanktionen steht noch aus.

Der politische Druck wächst

Der FCRA wurde schon von der Kongress-Regierung instrumentalisiert. Doch unter der BJP-Regierung wächst der Druck auf die NRO. Im vergangenen Jahr lieferte sich das Innenministerium über Monate hinweg eine öffentliche Auseinandersetzung mit *Greenpeace* (siehe deren Beitrag im Heft). Auch die Menschenrechtsaktivistin Teesta Setalvad und ihre Organisation *Sabrang Trust* stehen unter massivem Druck. Die NRO soll ohne Genehmigung Gelder von der US-Stiftung *Ford Foundation* erhalten und damit gegen den FCRA verstoßen haben. Setalvad setzt sich für die Opfer der Gewalt im indischen Bundesstaat Gujarat im Jahr 2002 ein. Zunächst wurde die Registrierung unter dem FCRA ausgesetzt, zuletzt wurde sie sogar aufgehoben.

Zunehmend geraten auch die Förderer ins Visier; zum Beispiel die Stiftung *Ford Foundation*. Sie wurde auf eine „watch list“ gesetzt – eine Art Beobachtungsliste. Jede Transaktion der Stiftung an eine indische NRO musste einzeln geprüft und genehmigt werden. Die meisten der aus-

ländischen Geldgeber auf dieser Liste engagieren sich vor allem in den Bereichen Klimawandel, Kohle oder Menschenrechte. Die *Ford Foundation* ist mittlerweile nicht mehr auf der Liste.

Die Neu-Registrierung wird zum Lackmustest

Nicht alle NRO müssen mit Ärger und Schikanen rechnen. Das kommt auf die jeweiligen Arbeitsbereiche an und hängt unter anderem mit einer Vorgabe des FCRA zusammen. Seit 2010 müssen NRO ihre Registrierung alle fünf Jahre erneuern. Seit vergangem Jahr läuft die Neu-Registrierung, ein aufwendiger bürokratischer Akt. Der Termin dafür wurde immer wieder verschoben – zurzeit ist es der 31. Oktober. Ob die Regierung das Verfahren nutzt, um allen kritischen NRO die Registrierung zu entziehen, ist unklar. Aber die Neu-Registrierung ist eine Art Lackmustest für die Regierung, und die Unsicherheit wächst.

Im Jahr 2015 wurden rund 9000 von etwa 40.000 NRO die Registrierung unter dem FCRA entzogen. Laut Regierung lagen Verfahrensfehler der Organisationen vor. Da der FCRA keine Abmeldung von NRO vorschreibt, ist es durchaus nachvollziehbar, dass unter den registrierten NRO viele Karteileichen waren. Das sehen auch Akteure der Zivilgesellschaft so. Dennoch lässt sich vermuten, dass verfahrensrechtliche Fehler genutzt wurden, um gegen einzelne NRO gezielt vorzugehen. Da das Verfahren rund um den FCRA intransparent verläuft, lässt sich dieser Punkt jedoch nicht eindeutig klären. Das schafft Raum für Spekulation und verunsichert massiv die NRO und Akteure.

Forderungen aus der Zivilgesellschaft

Dennoch erheben viele NRO mutig ihre Stimme und fordern die Re-

gierung auf, den FCRA zu überarbeiten. Im Mai 2015 verfassten rund 200 Gruppen aus der Zivilgesellschaft einen offenen Brief an Premierminister Narendra Modi. Sie beklagten, dass ein Klima des Zwangs und der Einschüchterung seitens der Regierung entstanden sei. Diese sende ein drohendes Signal an die Zivilgesellschaft. Kritik und Protest seien in einem demokratischen Land jedoch das Recht und die Pflicht von Akteuren der Zivilgesellschaft.

Zuletzt gab es im Juni eine Pressekonferenz verschiedener NRO in Delhi, nachdem das Innenministerium die Registrierung unter dem FCRA für die Organisation *Lanyers Collective* ausgesetzt hatte. An der Konferenz nahmen Vertreter von rund 700 Organisationen teil. Sie zeigten sich mit *Lanyers Collective* solidarisch und forderten mehr Transparenz sowie das Ende der Schikanen gegenüber den NRO. Über die Pressekonferenz wurde in vielen englischsprachigen Medien in Indien ausführlich berichtet.

Den NRO droht zurzeit neuer Ärger. Das *Lokpal*-Gesetz von 2013 betrifft auch die NRO. Das Gesetz soll die Korruption eindämmen, unter anderem durch mehr Transparenz. Unter dieses Gesetz fallen auch Vorstandsmitglieder der NRO. Sie müssen ihre Einkommen sowie Vermögen offenlegen – das gilt auch für ihre Ehepartner und abhängigen Kinder. Die Offenlegung ist rückwirkend für drei Jahre, Stichtag war der 31. Juli 2016. Das dürfte viele engagierte Personen abschrecken. Über diesen Aspekt des Gesetzes, das noch von der Vorgänger-Regierung stammt, wird diskutiert. Es ist noch unklar, inwiefern die Regierung daran festhält.

Zur Autorin

Lisa Grund ist Journalistin.

Endnote

¹ Vgl. Analyse von Maina Kiai vom 20. April 2016 via www.ohchr.org/Documents/Issues/FAssociation/InfoNotelIndia.pdf.